



Christ in der Zeit



“Sobald ihr im Westen Wolken aufsteigen seht, sagt ihr: Es gibt Regen. Und es kommt so. Und wenn der Südwind weht, dann sagt ihr: Es wird heiß. Und es trifft ein. Ihr Heuchler! Das Aussehen der Erde und des Himmels könnt ihr dann die Zeichen dieser Zeit nicht deuten? Warum findet ihr nicht schon von selbst das rechte Urteil?” (Lukas 12,54-5)

Herausgegeben von der Katholischen Glaubensinformation
Melchiorstr. 15, 65929 Frankfurt

Telefon: 069/330097-0, Fax: 069/330097-17 E-Mail: kgi@kgi.org
www.kgi.org oder www.internetseelsorge.de

Foto: (c) by fotolia.com



Um als Christen verantwortlich zu handeln, müssen wir uns nicht zuletzt an der Wirklichkeit orientieren, in der wir leben. Diese Wirklichkeit ist raschen und tief greifenden Veränderungen unterworfen. Sie ist oft schwer zu durchschauen, widersprüchlich, kompliziert. Man ist bei der Beurteilung weithin von anderen abhängig, von deren Sachwissen, ihrem Überblick, von Informationen. Diese sind oft gefiltert und von Eigeninteressen geprägt. Oft genug haben Menschen erfahren müssen, dass sie auf diese Weise getäuscht und missbraucht wurden.

Die Welt, in der wir leben

Die Natur ist weitgehend in der Verfügung des Menschen geraten, wird von ihm beeinflusst und geprägt. Überall entdecken wir seine Spuren, eine von ihm selbst geschaffene Welt. Auch die gesellschaftlichen Strukturen haben sich gewandelt: Aus der früheren vorwiegend landwirtschaftlichen Kultur ist längst eine industrielle Kultur geworden, in der ganze Landstriche zu Großstädten und Ballungsräumen zusammenwachsen. Aus früherer patriarchaler - und oft autoritären- Ordnung kommen wir in allen Bereichen zu gleichberechtigten und mitverantwortlichen Formen des Zusammenlebens.

Aber nicht nur die Umwelt des Menschen wandelt sich, auch sein Geist wird davon betroffen. Die Veränderungen um uns herum wirken auf uns selbst zurück. Zeitungen und Filme, Rundfunksendungen und Fernsehprogramme vermitteln uns neue immer neue Eindrücke, suggerieren andere Lebenshaltungen und Lebenswerte und beschleunigen so den Wandel des Bisherigen. Nicht nur die junge Generation opponiert gegen das Überkommene.

Der Fortschritt eröffnet aber nicht nur neue Lebensmöglichkeiten, oft ziehen mit ihm auch neue Ängste herauf. Zwar ist der Mensch "mächtig", aber nicht immer vermag er diese Macht so zu steuern, dass sie ihm dient. Da gibt es viel Reichtum, Wohlstand und Freiheit, aber noch nie haben so viele Menschen gehungert; es entstehen neue Formen sozialer und psychischer Vernichtung. Man sehnt sich nach Frieden, aber gesellschaftliche, rassistische und ideologische Spannungen und Konflikte führen immer wieder zu Bürgerkriegen oder Kriegen mit anderen Staaten. Viele hatten naiv geglaubt, nach dem Zerfall des Kommunismus würden die wirtschaftlichen und politischen Spannungen allmählich abgebaut, aber immer wieder wird die Welt von Krisen erschüttert.

Die Menschheit lebt in einem Zwiespalt von Mitleidlichkeit und Hass, Freiheit und Unterdrückung, Fortschritt und Rückschritt: zeigt sich stark und schwach zugleich, zum Schlimmsten fähig und zum Besten bereit

(vgl. Zweites Vatikanisches Konzil, Dekret "Die Kirche in der Welt von heute"). Diese gefährlichen Spannungen, an denen unsere Zeit leidet, kommen letztlich aus dem Herzen der Menschen selbst, der sein inneres Gleichgewicht zu verlieren droht.

In diese Situation sehen wir uns als Christen hineingestellt. Wir sollen die "Zeichen der Zeit" zu erkennen suchen und ihnen aus christlicher Verantwortung begegnen. Denn in den Ereignissen und Menschen des Alltags will Gott uns ansprechen und anfordern. Aber es ist durchaus nicht leicht, in allen Fragen eine klare und eindeutige Antwort zu finden und zu entscheiden, was wir als Christen verantworten können. Einige dieser heutigen Problemfelder sollen näher dargestellt werden.

Der einzelne und die Gemeinschaft

Man spricht gelegentlich davon, dass wir in einer Massengesellschaft leben. Die Zahl der Menschen auf der Erde nimmt ständig zu, und die Abhängigkeiten voneinander werden immer stärker. Einerseits ist die Würde des Menschen unantastbar. Parolen, wie: "Der einzelne ist nichts, das Volk ist alles", führten in die Irre. Die Gemeinschaft hat vielmehr für die bestmögliche Entfaltung des einzelnen zu sorgen. Ihre Institutionen, z.B. Krankenkassen, Versicherungen, aber auch ihre Rechtsprechung, ihre Parteien, ihre staatlichen Verfassungen sind nicht Selbstzweck, sondern um des Menschen willen da.

Darum stehen jedem Menschen dieselben Grundrechte zu, welchen Geschlechts oder welcher Rasse, welcher sozialen Stellung oder Herkunft er auch sein mag. Weder der Vorbestrafte noch das uneheliche Kind, weder der ausländische Arbeitnehmer noch der Arbeitsunfähige und Alte sind Menschen gleich zweiter Klasse. Vor Gott sind alle Menschen gleich. "Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau; denn ihr alle seid 'einer' in Christus" (Gal 3,28). Tag für Tag aber berichten Medien von Gewalttaten gegenüber Andersdenkenden, gegenüber Ausländern und Asylsuchenden. Aus christlicher Sicht hat jeder ein ursprüngliches Recht auf Erziehung und Bildung, auf Arbeit und Familiengründung, auf freie Berufswahl und Lebensgestaltung. Deshalb muss es unsere Sorge sein, dass jeder Mensch das Lebensnotwendige bekommt: Nahrung, Kleidung und Wohnung.



Andererseits ist jeder Mensch der Gemeinschaft verpflichtet. Jeder von uns hat den Gemeinschaften, in denen er lebt - Familie, Volk, Staat -, viel zu verdanken. Das bringt Verpflichtungen und Bindungen der Gesellschaft gegenüber mit sich. Den persönlichen Rechten auf der einen Seite entsprechenden Pflichten auf der anderen. Übersteigerte Selbstsucht des einzelnen zersetzt das soziale Gefüge. Jeder einzelne muss berechnete Ansprüche anderer berücksichtigen. Vor allem kann uns das Wohl der gesamten Menschheit nicht gleichgültig sein. Wir sind Glieder der einen und unteilbaren Menschheit und müssen als solche handeln.

Christ und der Staat

Die einzelnen, die Familien, aber auch die verschiedenen Gruppen, zudenensichdieMenschenzusammenschließen, wissen sehr gut, dass sie allein nicht imstande sind, all das zu leisten, was zu einem sinnvollen Leben gehört. Nicht einmal eine Großstadt kann ein völliges Eigendasein führen. Handelsbeziehungen, Verkehrswesen, Sicherung der Arbeitsplätze, Gesundheitsfürsorge - das alles sind Aufgaben, die nur von einer breiten Gemeinschaft erfüllt werden können. Das macht die Notwendigkeit eines größeren Gemeinwesens deutlich, die Gründung von Staaten.

Menschen, die durch ihren Lebensraum, ihre Sprache, ihre kulturelle Identität, ihre Stammes-Verwandtschaft, ihr Schicksal einander verbunden sind, bilden ein solches Staatswesen. Die geschichtliche Entwicklung, Eroberungen, Kriege usw. haben die Staatsgrenzen immer wieder verschoben. In der Europäischen Union werden sie immer durchlässiger, aber die Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Staaten wird erhalten bleiben. Das Ziel staatlicher Gemeinschaft ist das allgemeine Wohl der Bürger. Sie hat dem Menschen zu dienen, seine Entfaltung zu sichern. Damit der Staat dieses Ziel aber erreichen kann, braucht er notwendige Autorität und eine gewisse Macht. Darum hat auch Jesu die politische Institution anerkannt und die Pflicht, deren legitimen Gesetzen zu folgen, betont: "So gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört!" (MK 12,17). Paulus verlangt, dass auch die Autorität des heidnischen Staates respektiert wird (vgl. Röm 13,1-7).

Das Zusammenleben in der Gemeinschaft des Staates verlangt positive Gesetze und Verordnungen. Diese haben den einzelnen größtmögliche Freiheit zur Entfaltung seiner Persönlichkeit zu belassen. Wo das staatliche Gesetz das Wohl des einzelnen zugunsten der Gemeinschaft einschränkt, ist der Bürger verpflichtet, diese Einschränkungen auf sich zu nehmen. So kann der Staat Steuern

erheben, um notwendige Ausgaben für die Gemeinschaft zu decken. Der Bürger ist zur Zahlung verpflichtet.

Niemals aber darf ein menschliches Gesetz dem Willen Gottes widersprechen. Dann gälte: "Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen" (Apg 5,29). Eine Anordnung des Staates, die offensichtlich gegen den Willen Gottes verstößt, hat keine verpflichtende Kraft. Wo der Staat die Gewissensfreiheit und die Menschenwürde missachtet, überschreitet er seine Kompetenzen. Hier liegt in extremen Fällen die Begründung des sittlichen Rechts zum Widerstand gegen die Staatsgewalt. Man kann sich also vor dem persönlichen Gewissen nicht darauf berufen, dass man "auf höheren Befehl hin" so oder so gehandelt habe, wie das in Prozessen wegen politischer Verbrechen immer wieder geschieht.

Andererseits handelt der Staat dann am besten, wenn er mit einem Mindestmaß an öffentlicher Gewalt auskommt. Die Staatsform, die am besten die Rechte des einzelnen und aller sozialen Gruppen schützt, entspricht am besten der Würde des Menschen. Das wird am ehesten im demokratischen Staat verwirklicht.

Politische Verantwortung

Im demokratischen Staat ist der Bürger nicht passiv den Gesetzen und der Verfassung seines Landes unterworfen. Durch die Ausübung seines Wahlrechts hat er die Möglichkeit und Pflicht mitzuhelfen, dass Männer und Frauen die Regierungsgeschäfte wahrnehmen, die nach seiner Überzeugung die Interessen der Bürger am besten vertreten. So kann er kritisch die Tätigkeit des Parlaments und der Parteien kontrollieren. Hier liegen auch der Sinn und die Aufgabe der politischen Parteien, in denen sich Gleichgesinnte zusammenschließen. Sie sind zum gesunden Funktionieren einer Demokratie unerlässlich. Eine Partei freilich, deren Ziele gegen die Ordnung Gottes verstoßen, ist für Christen nicht wählbar. Das heißt natürlich nicht, dass der Christ seine Weltanschauung durch staatliche Gesetze zur Norm für alle machen soll. Das verbietet der Respekt vor der Gewissensüberzeugung Andersdenkender. Aber der Christ hat das Recht, nach den Spielregeln der pluralistischen Gesellschaft dafür zu sorgen, dass ihm und allen die Möglichkeit eingeräumt wird, nach der eigenen Gewissensüberzeugung zu leben. Überhaupt sollte der Staat Privatinitiativen fördern und nicht an sich reißen, was von einzelnen oder von kleinen Gemeinschaften (Familie, Wohlfahrtswerke, Gewerkschaften, Vereine und Verbände) getan werden kann.



“Ein allzu weitgehendes Eingreifen des Staates kann die persönliche Freiheit und Initiative bedrohen. Die Kirche vertritt das so genannte Subsidiaritätsprinzip: Eine übergeordnete Gesellschaft darf nicht so in das innere Leben einer untergeordneten Gesellschaft eingreifen, dass sie diese ihrer Kompetenzen beraubt. Sie soll sie im Notfall unterstützen und ihr dazu verhelfen, ihr eigenes Handeln mit dem der anderen gesellschaftlichen Kräfte im Hinblick auf das Gemeinwohl abzustimmen! (Katechismus der katholischen Kirche). Der Katechismus begründet diese Prinzip: Auch Gott überlässt jedem Geschöpf jene Aufgaben, die es den Fähigkeiten seiner Natur gemäß auszuüben vermag. Diese Führungsweise soll im gesellschaftlichen Leben nachgeahmt werden (1883 und 1884).

Als Beispiel kann die Schule gelten: Selbstverständlich ist es die Aufgabe des Staates, für die Bildung seiner Bürger Sorge zu tragen. Aber die erste Verantwortung in Fragen der Erziehung kommt den Eltern zu. Die katholische Kirche tritt darum für das Elternrecht ein, auch über die Schulform mitzubestimmen.

Kirche und Staat

Damit ist schon das Verhältnis von Staat und Kirche berührt. Staat und Kirche haben u.a. mit demselben christlichen Staatsbürger zu tun. Ihre Aufgaben können sich also überschneiden. Es gibt viele Angelegenheiten, die sowohl den Staat als auch die Kirche angehen, zum Beispiel die Ehe, die Schule, kulturelle und soziale Fragen. Hier kann es daher zu Kompetenzschwierigkeiten kommen, wenn beide sich auf diesen Gebieten nicht als Partner verstehen. Weder die Kirche hat das Recht, den Staat zu bevormunden, noch darf der Staat alles beherrschen wollen. Weder Staatsreligion noch Religionsstaat sind wünschenswert.

Da beide aufeinander angewiesen sind, müssen Staat und Kirche im Gespräch miteinander bleiben. Oft werden Grenzfragen in Absprachen oder Staatsverträgen geregelt (sog. Konkordate). Zwar hat die Kirche eine geistliche Sendung, man würde es ihr aber mit Recht übel nehmen, wenn sie sich nicht - unter Umständen auch gegenüber dem Staat - für die Grundrechte und Interessen der Schwachen in der Gesellschaft sowie für die Hochhaltung sittlicher Grundwerte einsetze. In diesem Sinn hat die Kirche gelegentlich eine kritische Funktion gegenüber dem Staat. Man wirft ihr heute vor, dass sie diese im Laufe der Geschichte nicht oft genug wahrgenommen habe.

Weltweite soziale Gerechtigkeit

Ein Christ darf nicht nur den eigenen Staat im Blick haben, er muss weltweit denken. Wir erleben, dass die Menschheit letztlich eine Einheit bildet. Wir entdecken dass wir alle zusammengehören und in demselben Boot sitzen. Eine Tsunami-Katastrophe in Asien oder ein Krieg im Nahen Osten wirft Schatten bis zu uns. Nachrichtensatelliten, Urlaubsreisen und Geschäftsverbindungen schweißen uns mehr und mehr aneinander. Auslandseinsätze von Soldaten oder Aufbauhelfern, Ärzte oder Forscher aus unserem Hedimatland, eingesetzt in fernen Regionen der Erde und in fremden Staaten zeigen, wie klein doch die Welt geworden ist. Das macht uns bewusst, dass Menschesein immer auch Mitmenschesein heißt, Teil eines Ganzen. Das erfordert ein neues Denken und Verhalten. Es gilt, die Ansprüche des einzelnen und die soziale Verantwortung für die anderen in Einklang zu bringen.

Häufig hört man: “Bei uns hier gibt es doch keine Not mehr; da hat jeder genug zum Leben, der arbeiten will!” Im Gegenteil: Auch heute gibt es Armut in unserer engsten Nähe. Da sind die, die nicht mehr arbeiten können, aber eine zu geringe Altersrente haben. Viele finden keine Arbeitsplätze, weil sie über 50 Jahre alt sind oder einfach schon zu lange auf Arbeitssuche sind; Lehrstellen sind in verschiedenen Regionen nicht ausreichend vorhanden. Andere haben zwar genug zu essen, sind aber einsam, menschlich verlassen und der Verzweiflung nahe. Mancher allein stehende und alte Mensch fühlt sich völlig überflüssig und beiseite geschoben. Das alles unsere “Nächsten”, von denen Jesu sagt, dass wir sie lieben sollen wie uns selbst.

Die Caritas, gewissermaßen die professionelle und institutionelle Umsetzung von Nächstenliebe der Kirche in ihrer Gesamtheit, betreut in der Bundesrepublik täglich über eine Million Menschen. Weit über hunderttausend hauptamtliche Mitarbeiter, Laienhelfer und Ordensleute sind in ihrem Dienst tätig. Hilfe für Kranke und Alte, Familienferien für kinderreiche Familien, Müttererholung, Sozialhilfe, heilpädagogische Heime und Horte, Kinderdörfer, Kindergärten, Jugendwohnheime, Fürsorge- und Erziehungsheime sowie Ausbildungsstätten für all diese Sparten. Darüber hinaus ist die Caritas immer wieder international bei Nöten und Katastrophen im Einsatz.

Durch die modernen Medien werden auch die Notleidenden im fernsten Winkel der Erde zu unseren “Nächsten”. Jeder von ihnen kann - im Namen Christi - ein Recht auf unsere Liebe und Hilfe geltend machen. Wir leben in einem begüterten Land, während in vielen Gebieten der



Hunger von Jahr zu Jahr größer wird. Unsere Ausgaben für den eigenen Wohlstand, für Alkohol, Nikotin und Kosmetika, um nur drei Luxusparten zu nennen (andere kommen hinzu und kann jeder selbst benennen), stehen in keinem Verhältnis zu unseren Hilfeleistungen für arme Länder. Man kann sich nicht entschuldigen: "Ich als einzelner kann doch nichts tun!" Richtig ist, dass die Sorge für andere nicht mehr Sache einzelner bleiben kann, sie muss von vielen zugleich getragen werden. Es gibt heute weltweite Hilfsorganisationen auf privater, staatlicher und internationaler Ebene, die sich für diese Aufgaben engagieren. Die Kirchen ziehen hier mit vielen Gruppen an einem Strang, denken wir an die bereits erwähnte Caritas, das soziale Jahr, an die Hilfswerke Misereor und Brot für die Welt und viele andere.

Die Kirche hat sich immer wieder sehr grundsätzlich zu diesen Problemen geäußert. In der - mit anderen christlichen Kirchen gemeinsam- "Erklärung von Stuttgart" mit dem Titel "Gottesgaben - unsere Aufgaben" (GG), 1988 herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Bundesrepublik und darüber hinaus in einer Verlautbarung der deutschen katholischen Bischöfe mit dem Titel "Christliche Verantwortung in veränderter Welt" (CV) hat sie dazu Stellung genommen. Wir zitieren im Folgenden daraus:

" Aufgrund ihres Auftrags und ihrer weltweiten Verpflichtung zur Solidarität, aber auch ihrer Sicht, Entwicklungsaufgaben und ihre Erfahrungen im Entwicklungsdienst ergibt sich für die Kirchen und die Christen immer wieder die Notwendigkeit..., sich zum Anwalt der Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika zu machen, deren Stimme nicht gehört wird" (GG 2,23).

In diesem Zusammenhang kritisieren die Kirchen die Gesetzmäßigkeit der geltenden weltwirtschaftlichen Ordnung. Sie fordern: "...Eine Änderung dieses Weltwirtschaftssystems (ist) unbedingt notwendig. Ziel muss sein, die Vorteile des freien Austauschs zu verbinden mit internationalen Vereinbarungen zum Schutz der schwächeren Partner und zur gemeinsamen Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten.(...) Auslandsverschuldung und Armut sind der Ausdruck struktureller Ungerechtigkeit, die auf nationaler wie internationaler Ebene besteht.(...) Die Kirchen sind von ihrem Auftrag her verpflichtet, für wirtschaftliche und politische Lösungen des Schuldenproblems einzutreten, die am Ziel der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung ausgerichtet sind" (GG 2,23 und 2,24):

Theologisch begründet werden diese Forderungen damit, dass Gott derjenige ist, der alle Menschen liebt, für alle Menschen sorgt und die Freiheit und Erlösung aller Menschen will.

Misereor ist der Name für das Fastenopfer der Katholiken für die unterentwickelten Gebiete der Welt. Dazu kommt das Advent-Opfer Aveniat, das ähnlichen Zwecken dient, aber ausschließlich für Südamerika verwandt wird – ebenso RENOVABIS, das katholische Hilfswerk für die Länder Mittel- und Osteuropas.

Auch die evangelischen Kirchen haben ähnliche Hilfswerke aufgebaut. In vielen Fällen kooperieren diese mit den katholischen Werken sowie mit weiteren Hilfswerken der freien Wohlfahrtspflege – etwa in großen Katastrophenfällen weltweit sowie in längerfristigen Engagements, bei Aufbauarbeiten, die „einen langen Atem“ und unterschiedlichste Kompetenzen erfordern. Da ist es dann sehr wertvoll, wenn starke und verlässliche Partner Zusagen einhalten, die von kleinen privaten Hilfsinitiativen unter Umständen gar nicht auf Dauer zugesagt werden könnten. Insofern ist auch ein gewisser Verwaltungsaufwand notwendig, wo verlässliche längerfristige Planung und Material wie Personaleinsatz vonnöten ist.

Fremde, Ausländer, Aussiedler und Aylsuchende...

"Wenn Menschen aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen in ihrer Heimat verfolgt oder unterdrückt werden und in unser Land kommen, haben sie Anspruch auf Asyl. Sie aufzunehmen, verpflichtet uns das Grundgesetz. (...) Energischer als bisher muss an der Beseitigung von Fluchtursachen und an der Entlastung der armen Erstaufnahmestaaten von Flüchtlingen gearbeitet werden" (CV 6).

Rassismus

verleugnet die Menschenwürde, verletzt die Menschenrechte und ist sittlich verwerflich. Christen und Kirchen sind immer und überall verpflichtet, den Rassismus im eigenen Herzen und in der Gesellschaft zu erkennen und zu bekämpfen und sich auch an die Seite derer zu stellen, die um ihres Glaubens oder ihrer ethnischen Herkunft willen benachteiligt und verfolgt werden..."



Friede ist möglich

Auch heute noch verursachen Staaten, ihre inneren und äußeren Konflikte kriegerisch auszutragen. Die Frage, wann Krieg unter Umständen erlaubt sein könnte, hat die Menschen, besonders auch die Christen, in den vergangenen Jahren stark bewegt; angefangen bei dem Streit um die Wiederbewaffnung Deutschlands nach dem schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs über die Auseinandersetzungen um den Golfkrieg, über die Friedensbewegung im dem 70er und 80er Jahren bis hin zu dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Darf man militärische Macht einsetzen und Kriege riskieren, um besetzte Länder zu befreien, um unschuldig leidenden Menschen zu helfen, um Hunger, Unrecht, Gewalt, Terror und Bürgerkrieg zu unterbinden? (Siehe Haiti, Ruanda, Irak, Nordkorea, Afghanistan usw.).

Auf dem ersten Blick ist für uns Christen alles klar und eindeutig: Kriege sollen nach dem Willen Gottes nicht sein. Die Bibel unterstreicht den Wert der Versöhnung, die Liebe zum Feind, den Einsatz für den Frieden. Jesu selbst hat auf Gewalt verzichtet. Andererseits kann es auch nicht dem Willen Gottes entsprechen, dass Unrecht und Gewalt sich durchsetzen und ganze Völker unterjochen. Wo Verzicht auf Gewalt zu neuen Gewalttaten ermutigt, ist das nicht weniger gegen den Willen Gottes.

Kann es deshalb nicht Situationen geben, in denen Frieden auf Dauer nur gesichert werden kann, wenn ein ungerechter Angriff durch Gewalt abgewehrt wird? Ist dann nicht unter Umständen auch ein Krieg das kleinere Unrecht, das kleinere Übel? Wenn es vielleicht auch keinen "gerechten Krieg" gibt, so doch einen "gerechtfertigten Krieg"?

Gewaltlosigkeit ist durch aus faszinierend und dem Christen entsprechend; wo sie aber dem Unrecht keine Dämme setzt, läuft sie Gefahr, sich zum Komplizen der Gewaltlosigkeit und damit mitschuldig zu machen. Gerade Wehrlosigkeit und Schwäche - so lehrt die Erfahrung - ermutigt geradezu Diktatoren zu Krieg und Gewalttätigkeit. Das zeigt die Weltgeschichte ebenso wie die alltägliche Erfahrung. Anlässlich des Golfkrieges 1991 sagte der Papst, einen Frieden um jeden Preis könne es nicht geben. Gleichwohl tat er alles, um den Kriegsausbruch zu verhindern, und nannte den drohenden Kampf eine " sinnlose Metzelei". Noch umstrittener wurde die „Befreiungsaktion“ der Amerikaner im Irak 2003 beurteilt, als es darum ging, einen Diktator mit kriegerischen Mitteln zu stoppen.

Kein Wunder, dass daher auch unter Christen über den Weg zum Frieden geteilte Auffassung bestehen.

Manche meinen, dass im Augenblick noch - leider - Rüstung dringend notwendig sei, um Diktatoren von Krieg und Gewalttätigkeit abzuhalten und Freiheit und Menschenrechte zu schützen.

Angesichts der verheerenden ABC-Waffen (atomare, biologische und chemische Waffen) sind auch in der katholischen Kirche neue Überlegungen dazugekommen. Dass Angriffskrieg und totale Kriege zu verdammen sind, bleibt unbestritten. Das wurde auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil erneut betont. Mag man bei früheren konventionellen Waffen einen Verteidigungskrieg möglicherweise noch als gerechtfertigt angesehen haben, so erhebt sich heute die Frage, ob angesichts der schrecklichen Waffenarsenale ein Krieg überhaupt noch vertretbar ist, wenn mit dem Einsatz dieser Mittel gerechnet werden muss. Wird eine Verteidigung nicht praktisch sinnlos, wenn das Verteidigte selbst zugrunde geht? Oder wird nicht vielleicht viel mehr vernichtet als verteidigt werden sollte? Kann je ein atomarer Vernichtungsschlag gerechtfertigt sein?

Lange Zeit galt die "atomare Abschreckung", das "Gleichgewicht des Schreckens", als Garant des Friedens. Inzwischen hat sich die Überzeugung durchgesetzt, dass umfassende Abrüstung der bessere Weg ist. Die Kirche lehnt den Einsatz von Massenvernichtungswaffen eindeutig ab, sie verwirft sogar schon die Androhung eines solchen Vernichtungsschlags. Man dürfe nicht mit etwas drohen, dessen Einsatz nie gerechtfertigt und somit schlechthin verboten sei. Aus dem "Katechismus der Katholischen Kirche" (Welt-Katechismus) bringen wir einige Zitate

"Solange die Gefahr von Krieg besteht und solange es noch keine zuständige internationale Autorität gibt, die mit dem entsprechenden Mitteln ausgestattet ist, kann man, wenn alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung erschöpft sind, einer Regierung das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung nicht absprechen" (2308).

"Die Bedingungen, unter denen es einem Volk gestattet ist, sich in Notwehr militärisch zu verteidigen, sind genau einzuhalten... Alle anderen Mittel, dem Schaden ein Ende zu machen, müssen sich als undurchführbar und wirkungslos erwiesen haben. Es muss ernsthafte Aussicht auf Erfolg bestehen. Der Gebrauch von Waffen darf nicht Schäden und Wirren mit sich bringen, die schlimmer sind als das zu beseitigende Übel..."(2309).

"Die Zivilbevölkerung, die verwundeten Soldaten und die Kriegsgefangenen sind zu achten und mit Menschlichkeit zu behandeln... Die Ausrottung eines Volkes, einer Nation oder einer ethnischen Minderheit ist als Todsünde zu verurteilen. Man ist sittlich verpflichtet, sich Befehlen, die



einen Völkermord anordnen, zu widersetzen" (2313).

"Jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und den Menschen, das fest und entschieden zu verurteilen ist" (2314).

"Der Rüstungswettlauf sichert den Frieden nicht. Statt die Kriegsursachen zu beseitigen, droht er diese zu verschlimmern. Die Ausgabe ungeheurer Summen, die für die Herstellung immer neuer Waffen verwendet werden, verhindert, dass Not leidenden Völkern geholfen wird. Somit hält die übermäßige Rüstung die Entwicklung der Völker auf. Sie vervielfacht die Konfliktgründe und verstärkt die Gefahr der Ausbreitung des Krieges" (2315).

Das Ziel, eine friedfertige Welt

Der Katechismus bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass sich einmal die Worte erfüllen: "Zu Pflügen schmieden sie ihre Schwerter um, zu Winzermessern ihre Lanzen. Kein Volk zückt mehr gegen das andere das Schwert. Das Kriegshandwerk gibt es nicht mehr" (Jes 2,4).

Der christliche Glaube steht eindeutig auf Seiten des Friedens. Krieg und Gewalt werden verurteilt, ein begrenzter und gezielter Waffeneinsatz wird gerade noch als "notwendiges" Übel im Kauf genommen. Dann aber muss dabei die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt bleiben und der unbedingte Schutz der Zivilbevölkerung beachtet werden. Es gilt das Verbot von Massenvernichtungswaffen. Aufgaben unseres Glaubens bleiben: Liebe, Versöhnung, Toleranz, Gewaltlosigkeit.

Christen tragen Mitverantwortung, dass die Sicherung des Frieden auf Weltebene vorangetrieben wird: durch Verhandlungen, durch Einschaltung von Vermittlern, durch Absprachen über Rüstungsbeschränkungen, durch Friedenstruppen. Es muss dahin kommen, dass wir die Durchsetzung nationaler "Rechte" durch übernationale Gerichtshöfe regeln.

Vor allem gilt es, die Wurzeln des Krieges auszurotten durch Überwindung des Freund-Feind-Denkens; durch Aufhebung nationaler, rassischer, sozialer, ideologischer und auch religiöser Vorurteile; durch gemeinsame Bemühungen, Hunger, Ungerechtigkeit und Unterdrückung aus der Welt zu schaffen.

Die großen Ziele werden durch viele kleine Schritte erreicht. Bei aller Ohnmacht bleibt jedem einzelnen genug zu tun, in seinem Umfeld der Gewaltfreiheit und Friedfertigkeit entgegenzusetzen. Für jeden Christen muss gelten, dass er in seinem Bereich Spannungen und Unfrieden abbaut.

Das beginnt im eigenen Herzen und setzt sich fort in der Familie, im Beruf, in der Gesellschaft. Unsere Gesinnung muss sich ändern, damit sich unser Tun ändert. Letztlich wird uns selbst, nämlich die Sünde, überwinden. Christus hat uns diesen Frieden zugesagt: "...meinen Frieden gebe ich euch; nicht einen Frieden, wie die Welt ihn gibt, gebe ich euch..." (Joh 14,27).

"Rüstungsexport dient dem Profit weniger, vor allem in den Industriegesellschaften, aber auch dem Profit der Machteliten der Südhalbkugel der Erde. Auf verantwortungslose Weise werden dadurch Konflikte verschärft und ihre Folgen verschlimmert, mit furchtbaren Folgen für viele unschuldige Menschen (...) Die Kirchen sehen sich verpflichtet, darauf hinzuweisen, dass Rüstungsgüter keine Waren sind wie andere. Auch die Erhaltung von Arbeitsplätzen kann kein Argument für Rüstungsproduktion oder Rüstungsexport sein" (GG 2,26).

Wehrdienst oder Zivildienst

Da auch unter Christen über die Verteidigung mit der Waffe unterschiedliche Meinungen bestehen, ergibt sich für junge Menschen die Frage, ob sie den Dienst mit der Waffe leisten oder verweigern sollen. Wer der Überzeugung ist, dass die Spirale von Gewalt und Gegengewalt nur durch absolute Gewaltlosigkeit gebrochen werden kann, muss den Wehrdienst verweigern. Diese Recht, Verweigerung aus Gewissensgründen, muss geschützt bleiben. Es gibt kirchliche Beratungsstellen, die helfen, zu einer Gewissensentscheidung zu kommen.

Der "Katechismus der Katholischen Kirche" sagt dazu: "Die staatlichen Behörden sollen sich in angemessener Weise um jene kümmern, die aus Gewissensgründen den Waffengebrauch verweigern. Diese bleiben verpflichtet, der Gemeinschaft in anderer Form zu dienen" (2311).

Andererseits verurteilt die Kirche damit nicht die Legitimität des Wehrdienstes und betreut die Wehrpflichtigen durch eigene Militärseelsorge. Das Zweite Vatikanische Konzil sagt: "Wer aber als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, soll sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker betrachten. Er trägt durch die Rechte Ausübung seines Dienstes wahrhaft zur Festigung des Friedens bei."



Wohin geht die Schöpfung?

Die Bibel ermutigt den Menschen zum Fortschritt in Wissenschaft, Technik und Kultur. Gott übergab den Menschen die Welt nicht wie ein fertiges Haus, sondern im Rohbau, den sie ausbauen, vollenden sollen. Sie sollen ihren Verstand gebrauchen, um die Geheimnisse der Natur zu entdecken und in Dienst zu nehmen. Der Mensch trägt damit Verantwortung für das, was aus der Welt wird.

Aber der Mensch hat kein Recht, die Welt, seine Erde, die ihn umgehende Natur und die Lebensgrundlage nachfolgender Generationen zu verbrauchen und zu "vernutzen". Die Erde gehört niemanden, außer ihrem Schöpfer. Sie gehört nicht einer Generation, aber erst recht nicht einer Rasse, einem Volk oder einer wirtschaftlichen, industriellen oder finanziellen Elite.

Die Anliegen des Fortschritts sind berechtigt, aber wo sind die Grenzen, deren Überschreitung menschliche Existenz unmöglich macht? Eine naive Fortschrittsgläubigkeit ist uns heute nicht mehr möglich. Fast alles, was dem Fortschritt dient, kann auch zur Zerstörung missbraucht werden.

Papst Paul VI. hat bereits in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts darauf hingewiesen, dass der Mensch heutzutage die Erfahrung mache, "dass er durch die bedenkenlose Ausbeutung der Natur das Risiko eingeht, sie zu zerstören und selbst Opfer dieser Zerstörung zu werden". Praktisch können wir heute fast alles verändern, die Frage ist nur, wie weit wir das dürfen. Die Mahnungen kommen heute nicht von einer bequemen Moral her, sondern von der Naturwissenschaft selbst. Sie sind es, die darauf aufmerksam machen, dass der Mensch in Zukunft weniger mit der Natur als mit sich selbst zu kämpfen haben werde.

Man sollte glauben, dass es nicht erst solcher Mahnungen bedürfe, die Umwelt pfleglich zu behandeln. Die bloße Vernunft müsste eigentlich genügen. Wer sägt sich schon selbst den Ast ab, auf dem er sitzen kann? Und doch geschieht das auf vielfältige Weise. Hier koalieren kurzsichtiger Egoismus, Bequemlichkeit und kriminelle, menschenverachtende Gewinnsucht. Das Unglaubliche und Unfassbare geschieht: Die Atemluft und das Trinkwasser werden verseucht, Rohstoffe ausgebeutet, die Energieträger werden ruiniert; selbst die Atmosphäre wird angegriffen und zerstört, und der Weltraum als Müllhalde missbraucht.

Doch auch mit neuen technischen Verfahren – etwa in der Biochemie, der Gentechnik, der Medizin – wurde immer wieder die Grenze des Machbaren hinausgeschoben und muss sich an der Frage des Verantwortbaren messen lassen.

Auch hier hat der Glaube nicht - noch weniger die Kirche - "die" Lösung. Aber sie hat eine eindeutige Option für die Schöpfung. Ihre Zerstörung ist schwere Schuld, Sünde, Affront gegen und Angriff auf Gott selbst. Wenn die vielfältigen Vorhersagen zutreffen, dann sind Besserung und Rettung nur möglich, wenn viele lieb gewonnene Gewohnheiten und Selbstverständlichkeiten - gerade der Industriegesellschaften - aufgegeben werden. Eine Beschränkung im Konsum ist unabdingbar! Überfluss und Verschwendung müssen ein Ende finden! Ein verändertes Verhältnis zur Schöpfung wird nicht gelingen, ohne Verzicht, Einschränkung und Wiedergutmachung zu leisten. Verzicht und Einschränkung, Opfer und Askese haben im Glauben einen festen Platz. Dass der Mensch aber zur Unordnung und Bequemlichkeit neigt, ist eine Erfahrungstatsache. Die Askese handelt dem bewusst entgegen. Selbstdisziplin, Entsagung und Opferbereitschaft sind keine Werte an sich. Es geht dabei nicht um Weltverneinung, um Ablehnung dessen, was das Leben für uns angenehm macht. Es geht vielmehr um das Denken an andere, um mehr Liebe. Liebe aber scheut auch vor Opfern nicht zurück. Opfer ist Preisgabe um eines höheren Gutes willen.

Vielleicht sind die Religion und der Glaube an Gott die einzigen moralischen Kräfte, die Menschen zu solcher mit Opfern verbundenen Umkehr motivieren können. Oder aber die Not und die herannahende Katastrophe zwingen die Menschen dazu.

Abtreibung und Euthanasie

Hier bezieht die Kirche eindeutig Stellung zu umstrittenen Themen am Beginn und am Ende des menschlichen Lebens. Es kann nach kath. Überzeugung nie erlaubt sein, das keimende Leben im Mutterschoß zu töten. Von der Empfängnis an ist es neues Leben. Ebenso muss die Würde des Menschen bis an dessen Ende geachtet werden. Jeder Mensch hat deshalb Anrecht auf persönliche Zuwendung und Begleitung im Sterben. Aufgabe der Medizin und der Ärzte ist es, Leiden zu lindern und ein würdiges Sterben zu ermöglichen. Maßnahmen, die direkt auf eine Verkürzung des Lebens zielen, halten wir für nicht vertretbar.

Genforschung

"Es bestehen zahlreiche Eingriffsmöglichkeiten in menschliche Fortpflanzung und menschliches Erbgut: Möglich sind z.B. Genomanalysen, Genübertragung, Vervielfältigung von menschlichen Ei- und Samenzellen, dazu die künstliche Besamung, die Laborbefruchtung, die



Implantation von Keimen. Hier tun sich Möglichkeiten der Beeinflussung auf, in denen sich schwer trennbar wissenschaftliche, diagnostische, therapeutische, eugenische, manipulatorische und kommerzielle Interessen miteinander verbinden...”(GG).

Relativ neu und mit zum Teil revolutionären Sprüngen sind die Erkenntnisse in der Genforschung. Gene sind Träger unserer Erbanlagen. Der molekular-biologischen Forschung gelang es, in lebende Zellen einzudringen und die Erbsubstanz darin zu verändern. So gelingt es zum Beispiel, Bakterien und deren Erbgut so zu verändern, dass sie gezielte Leistungen vollbringen, beispielsweise Wachstumshormone oder Arzneien produzieren. Wir verzüchten neue Pflanzen und Tiere, die widerstandsfähiger sind, schneller wachsen und besser schmecken. Es entstehen neue Futtermittel. Damit verbinden sich Hoffnungen für die Hungergebiete unsrer Erde.

So weit, so gut. Aber vielleicht ergeben sich auf die Dauer auch schädliche Nebeneffekte, zum Beispiel Krankheiten? Oder resistente Keime, denen mit keinem Medikament mehr beizukommen ist? Konkrete Gefahren und Risiken sind vielfach noch viel zu wenig bekannt. Auch frühere Erfindungen haben in manchen Fällen großen Nutzen gebracht, zugleich aber das Gleichgewicht des Naturhaushaltes verändert. Ist Gentechnik womöglich noch gefährlicher als Atomtechnik?

Ganz brisant wird die Frage, wenn die Gentechnologie auf den Menschen angewandt, wenn auf diese Weise auch menschliches Erbgut manipuliert wird. Der Traum bzw. Albtraum vom „perfekt geklonten Menschen“ kommt in greifbare Nähe. Dürfen wir eigentlich alles, was wir können, und woher nehmen wir die Maßstäbe? Ist alles, was nicht verboten ist, deshalb schon erlaubt? Hier geht es letztlich ums Ganze: Ob menschliche Kultur am Ende eher zerstört als weiterentwickelt und gerettet wird.

Die katholische Kirche sieht Positives darin, dass sich Erbkrankheiten zum Beispiel durch die vorgenannten Erfolge vermeiden lassen. Sie zeigt aber auch die Gefahren auf. Die päpstliche „Instruktion über die Achtung vor dem beginnenden menschlichen Leben“ betont, dass rein technische Überlegung nicht ausreichen; dass ethische Rückfragen nötig sind, wenn die Forschung - obwohl mit guter Absicht begonnen - letztlich nicht inhuman werden soll. Die Freiheit des Menschen findet ihre Grenzen beim Lebensraum des Mitmenschen und der anderen Mitgeschöpfe. Für den Fortschritt darf nicht jeder Preis gezahlt werden. Der Eingriff zum Beispiel in die Gene des Menschen ist auch ein Eingriff in seine Identität, in seine Person. Und dies ist aus der Sicht der Kirche moralisch nicht zu rechtfertigen. „Wissenschaft und Technik müssen

im Dienst der menschlichen Person, ihrer unveräußerlichen Rechte, ihres wahren, ganzheitlichen Wohls stehen, wie das dem Plan und dem Willen Gottes entspricht” (Katechismus der Katholischen Kirche).

Hier sei in diesem Zusammenhang auch erwähnt, dass die Kirchen nachdrücklich von allen Verfahren abraten, ein Kind außerhalb des Mutterleibes zu zeugen. Sie fordern ein Verbot von Ersatz-, Leih- und Mietmutterchaften in jener Form, ebenso der Kältekonservierung von Samen- und Eizellen sowie der Zerstörung menschlicher Embryonen zum Zweck der Forschung. „Die Nutzung der durch die Fortpflanzungsverfahren entstandenen ‘überzähligen’ Embryonen zu kommerziellen Zwecken in der Forschung ist ethisch unter keinen Umständen vertretbar...” Damit sind wir ganz aktuell mitten in den kontrovers geführten Diskussionen um den Einsatz und Aufbau von „Stammzellen-Linien“ zu reinen Forschungszwecken....Die Tendenz eines Dammbrochs ist hier unübersehbar. – es wird, so hat es den Anschein, in vielen Ländern mehr und mehr ins Belieben des Menschen gestellt, den Beginn des Menschseins je nach Wirtschaftlichkeitserwägungen oder Opportunitätsgründen festzulegen.

Die Bibel kann natürlich nicht auf Fragen, die es damals noch gar nicht gab, konkrete Antworten geben. Aber ihr geht es grundsätzlich um die Würde des Menschen, die keiner Nützlichkeit geopfert werden kann. Es geht hier um den pfleglichen Umgang mit der Schöpfung, und das bedeutet unter Umständen auch Verzicht auf erhoffte Annehmlichkeiten oder gar auf höhere Gewinne. In Genesis 2,15 wird gesagt, dass der Mensch die Erde bebauen und hüten soll. Hüten aber bedeutet nicht missbrauchen und ausnutzen, sondern zum Guten weiterentwickeln. Genau darum geht es. Das ist die Frage, die wir uns vor aller Nützlichkeit und vor allem Profit stellen müssen.

Arten- und Tierschutz

„Eine wichtige Aufgabe der Bewahrung der Schöpfung ist der Artenschutz. Die Vielfalt der Schöpfung ist ein Abglanz der Herrlichkeit Gottes, und sie ist unbedingte Voraussetzung für die globale ökologische Stabilität...”(GG 4,35). Die Kirchen fordern Schutz der bedrohten Tier- und Pflanzenarten auch gegen wirtschaftliche und militärische Interessen, die Ausweitung von Natur- und Landschaftsschutzflächen, die Renaturierung von Gewässern und Feuchtgebieten, Schutz ökologisch wertvoller Gebiete vor Tourismus, Förderung ökologischen Anbaus, ökologisch vertretbare Flächenstilllegung in der Landwirtschaft, bedarfsgerechte Düngung, rückstandsfreien Pflanzenschutz...Sie wenden sich gegen Tierversuche in der Alkohol-, Tabak- und Kosmetikproduktion. In der medizinischen Forschung



müssen Tierversuche eingeschränkt werden. Tierquälerei muss stärker geächtet werden. Massentierhaltung sollte generell verboten werden.

Organtransplantationen

1990 haben die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands eine gemeinsame Erklärung, die nach wie vor Bestand hat, herausgegeben, in der die beiden Kirchen zu ethischen und religiösen Fragen der Organtransplantation von Menschen zu Mensch Stellung nehmen. Welche Grenzen setzt die Würde des Menschen den Möglichkeiten, die die Transplantationsschirurgie erschlossen hat?

Gewebe- und Organspende von Lebenden

Die häufigste Gewebeübertragung ist die Bluttransfusion. Ohne größere Belastung für den Spender können auch Teile des Knochenmarks entnommen werden. Was die Transplantation ganzer Organe betrifft, so ist diese für den lebenden Spender nicht ungefährlich und setzt dessen Einwilligung und die des Kranken voraus. Die Entnahme eines lebenswichtigen Organs von einem Lebenden ist nicht verantwortlich und auch juristisch rechtswidrig. Die Entnahme einer Niere aber, also eines paarigen Organs, mindert nicht in jedem Fall die eigene Lebensqualität erheblich, erhöht aber die eines anderen Menschen.

Es kann niemand zu einer Gewebe- oder Organspende verpflichtet werden. Aus christlicher Sicht aber gibt es keinen grundsätzlichen Einwand gegen eine freiwillige Organspende. Bedenken ergeben sich aus der Möglichkeit des Missbrauchs, zum Beispiel durch Organhandel. Da spendet jemand in finanzieller Zwangslage eine seiner Nieren, und dies kommt dann vor allem wohlhabenden Empfängern zugute.

Um eine "gerechte Verteilung" der nicht in genügender Zahl vorhandenen Organe zu gewährleisten, werden diese über die Zentrale der Eurotransplan-Foundation im niederländischen Leiden verteilt. Hier sind alle wichtigen Daten der Kranken registriert, die auf ein entsprechendes Organ warten.

Nach christlichem Verständnis ist das Leben und damit der Leib ein Geschenk des Schöpfers, über das der Mensch nicht nach Belieben verfügen kann; das er aber nach sorgfältiger Gewissensprüfung aus Liebe zum Nächsten einsetzen darf.

Entnahme von Organen Verstorbener

Die absolute Voraussetzung für die Entnahme eines Organs ist die vorausgegangene sichere Feststellung des

Hirntodes. Die Organentnahme bei einem Patienten, dessen Hirntod noch nicht eingetreten ist, wird strafrechtlich als Totschlag gewertet.

Die Medizin unterscheidet zwischen Herztod und Hirntod. Herztod heißt der bleibende Stillstand des Herzens und des Kreislaufs. Damit hören die Blutversorgung und die Tätigkeit aller übrigen Organe gleichzeitig auf. Dagegen stirbt beim Hirntod das gesamte Gehirn vor allem übrigen Organen ab. Ihre Tätigkeit lässt sich von da ab eine Zeitlang künstlich aufrechterhalten, aber ohne jede Aussicht auf eine Erholung des Gehirns. Die entscheidende Untersuchung muss durch zwei Ärzte erfolgen, die nicht an einer später möglichen Organübertragung mitwirken dürfen. Mit der Feststellung des Hirntodes ist zweifelsfrei erwiesen, dass das irdische Leben eines Menschen unumkehrbar zu Ende ist.

Voraussetzung für die Entnahme der Organe eines Verstorbenen ist selbstverständlich die vorausgegangene ausdrückliche Zustimmung des Verstorbenen. Am klarsten ist dies zum Ausdruck gekommen durch einen Organspenderausweis. Notfalls kann die Einwilligung der nächsten Angehörigen die persönliche Zustimmung ersetzen, wenn diese den mutmaßlichen Willen des Verstorbenen zum Ausdruck bringt. Der Versuch eines Bundeslandes 1994, die Entnahme von Organen grundsätzlich zu ermöglichen, wenn jemand nicht vor dem Tod ausdrücklich das Gegenteil bestimmt hat, musste zurückgezogen werden. So sehr es auch zu wünschen wäre, dass für notwendige Transplantationen mehr Organe zur Verfügung stünden, so wenig kann eine Entnahme gegen den Willen des Spenders gerechtfertigt sein.

"Aus christlicher Sicht ist die Bereitschaft zur Organspende nach dem Tod ein Zeichen der Nächstenliebe und der Solidarisierung mit Kranken und Behinderten..." (Gemeinsame Erklärung der beiden Kirchen).

Arbeit, Arbeitslosigkeit, Freizeit

Wer nicht als Millionär geboren wurde, muss arbeiten, um das Lebensnotwendige zu verdienen. Leben wir deshalb, um zu arbeiten - oder arbeiten wir, um zu leben?

Drei Steinklopfer werden gefragt, was sie da machen. Der erste: "Du siehst doch, ich behaue Steine". Der zweite: "Ich arbeite, damit meine Familie zu leben hat". Der dritte: "Ich baue eine Brücke". - Alle drei tun



dasselbe, und doch tut jeder anscheinend etwas anders. An jeder Antwort ist etwas richtig, aber der dritte hat offenbar den größeren Horizont. Für den einen ist die Arbeit notwendiges Übel, für den anderen nur Möglichkeit, um zu verdienen; der dritte weiß sich als Mitarbeiter an einem großen Werk.

Tatsächlich ist die Arbeit manchmal Last und Qual. Nicht nur die körperliche, auch die geistige Arbeit erfordert Anstrengung. Müdigkeit erschwert unser Tun, Misserfolg zwingt uns, von vorne zu beginnen. Für viele ist die Arbeit ein notwendiges Übel.

Kein Wunder, dass man im Altertum die Arbeit vorwiegend unter diesem Gesichtspunkt sah. Sie wurde den Sklaven überlassen oder - wie heute noch in manchen unterentwickelten Kulturen - den Frauen und Kindern. Arbeit galt als entehrend; nur ein arbeitsfreies Leben galt als menschenwürdig. Christen sehen das anders:

Der Christ, der aus dem Glauben lebt, weiß sich aufgerufen, die Verbesserung der Welt voranzutreiben. Arbeit - in welcher Form auch immer - verändert. Der Ertrag des Bodens wird reicher, Fortschritt vermittelt neue Erkenntnisse, Erfindungen machen die Arbeitsmethoden menschlicher. So bedeutet Arbeit tatsächlich Mitarbeit an einer neuen Welt, Mitwirkung an der Veränderung unseres Daseins. Dass Arbeit nicht Mühe und Plage ist, hat jeder von uns schon erfahren, wenn er gegen seinen Willen untätig bleiben musste: in der Krankheit. Andere erleben es in der Arbeitslosigkeit, bei Invalidität oder nach der Pensionierung. Der Mensch will gar nicht auf die Dauer "arbeitslos" sein. Die Arbeit ist Voraussetzung zur Entfaltung der geistigen und körperlichen Kräfte des Menschen.

Eines der größten Probleme in der Welt ist heute die große Arbeitslosigkeit in vielen Staaten. Arbeiten, die früher in vielen Menschen gemeinschaftlich an einem Werk getan wurden, erledigen heute computergesteuerte Maschinen. Nur noch vielleicht ein Mensch ist zur Überwachung dieses Vorgangs nötig. In den Industriestaaten sind fast alle Menschen mit dem Lebensnotwendigen - und oft weit darüber hinaus - versorgt. Die Werbung versucht zwar immer neue Bedürfnisse zu wecken, die Industrie lässt durch kleine Verbesserungen ältere Geräte und Gebrauchtgüter zu Schrott werden (Wegwerfgesellschaft).

Wer aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden ist und keine neue Arbeit findet, ist nicht nur auf soziale Hilfe angewiesen (Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe), er verliert damit auch oft an Ansehen und an Selbstachtung. Es wird viel unternommen, um die Arbeitslosenzahl zu reduzieren, neue Arbeitsplätze zu schaffen, aber auf längere Zeit wird die Zahl der Arbeitslosen relativ hoch bleiben.

Die Kirchen weisen zur Lösung dieses Problems vor allem auf die Möglichkeit hin, Arbeit zu teilen. Sie denken dabei sowohl an Erwerbsarbeit wie auch an ehrenamtliche Arbeit, Hausarbeit usw. Sie schlagen vor: Langzeiturlaub (zum Beispiel Zeitsparmodelle bis hin zum Sabbatjahr); Ausbau der freiwilligen Schul- und Weiterbildungszeiten; die Absicherung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten; die Unbewertung von Eigenarbeit, Hausarbeit, Erziehungs- und Pflegearbeit; familienverträgliche Arbeitszeiten und Arbeitsverträge; Abbau von Überstunden; freiwillige und sozial angemessene Vorruhestandsregelung...

Jede Arbeit braucht ihre Pausen, ihre Entspannung. Man hat ausgerechnet, dass eine Arbeit, die mehr als acht Stunden dauert, kaum noch etwas bringt. Der Mensch braucht den gesunden Rhythmus von Arbeit und Erholung, von Wachsein und Schlaf. Deshalb auch unser Wochenrhythmus mit dem arbeitsfreien Sonntag bzw. dem arbeitsfreien Wochenende. Diese "Arbeitslosigkeit" ist ein dringendes Bedürfnis und umso wohltuender, wenn man in der übrigen Zeit richtig gearbeitet hat. Der Mensch darf nicht Sklave der Arbeit werden, er soll ihr Herr sein. Deshalb wollen die Kirchen den arbeitsfreien Sonntag geschützt sehen. Es ist nicht dasselbe, wenn - wie in der gleitenden Arbeitszeit - ein beliebiger Wochentag arbeitsfrei ist. Zur Erholung von der Arbeit gehört auch, dass man mit der Familie oder anderen Menschen diese Zeit verbringen kann, dass es also gemeinsame freie Zeit gibt. Ganz abgesehen von der Möglichkeit des Freiseins für den Gottesdienst. Wenn allerdings auch die Freizeit und das freie Wochenende voll verplant werden, vielleicht stressiger sind als die Arbeitstage, kann von wirklicher Erholung nicht mehr die Rede sein.

Lohn und Eigentum

Jede Arbeit fordert ihren entsprechenden Lohn, "denn wer arbeitet, hat ein Recht auf seinem Lohn" (LK 10,7). Die Frage nach dem gerechten Lohn wird immer aktuell bleiben. Ein angemessener Lohn richtet sich zunächst nach der Arbeitsleistung; sowohl die Vorenthaltung der entsprechenden Entlohnung durch den Arbeitgeber wie auch die Vergeudung der bezahlten Arbeitszeit durch den Arbeitnehmer sind Betrug. Ein gerechter Lohn wird sich aber auch nach dem Gewinn des Betriebes richten müssen (Gewinnbeteiligung). Als weiterer Gesichtspunkt kommt hinzu, dass der Arbeitslohn auch zur Ernährung der Familie ausreichen muss (sog. Familienlohn). Hier muss unter Umständen der Staat durch ein Kindergeld Ausgleich schaffen.

Es wird immer wieder soziale Reformen bedürfen, damit alle am Sozialprodukt, das heißt am Wohlstand unserer



Gesellschaft ihren gerechten Anteil bekommen. Gerade Christen müssen sich dafür mitverantwortlich wissen. Ein Meilenstein auf dem Weg zu dieser Gerechtigkeit ist das Recht auf Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben. Wenn dem Arbeiter vorenthalten wird, was ihm zusteht, ist das nicht nur ungerecht, sondern es berechtigt ihn, die Arbeit zu verweigern oder niederzulegen (Streik).

Neben den Anspruch auf gerechten Lohn hat jeder Mensch ein Grundrecht auf Eigentum. Wer möchte nicht die Früchte seiner Arbeit sehen? Die Versuche, nicht kollektives Eigentum zuzulassen, sind (in unserem Kulturkreis) gescheitert. Dort, wo man es im europäischen Osten versucht hat, geht man mehr und mehr zur Reprivatisierung über. Wo aber hört das Recht auf Privateigentum auf? Gott hat diese Erde nicht einzelnen Menschen oder einer bevorzugten Gruppe übergeben, sondern allen Menschen. Alle haben das Recht, auf dieser Erde und von ihren Gütern zu leben. Daher findet das Recht auf Privateigentum seine Begrenzung am Recht des anderen auf das Lebensnotwendige. Auch Privatbesitz ist nicht unabhängig von der Gemeinschaft, es ist sozial gebunden. Das gilt nicht nur für den einzelnen und seinen Besitz, sondern zugleich auch für die Völker.

Von daher ist die Frage nicht unberechtigt, ob die Güter unserer Erde heute wirklich gerecht verteilt sind. Zwei Drittel der Menschen hungern!

Energieversorgung

Die Kirchen wehren sich entschieden gegen den verschwenderischen Energieverbrauch der reichen Länder. In der Atomindustrie und den damit verbundenen Risiken sehen die Kirchen auf Dauer keine tragende Basis weltweiter zukünftiger Energieversorgung. Sie sprechen sich für den Ausbau und die Nutzung so genannter erneuerbarer Energiequellen aus (Sonne, Wasser, Wind).

Energieprobleme und Umweltfragen bleiben nicht ohne Auswirkung auf unsere Einstellung zum Auto und zum Verkehr. Hier würdigen die Kirchen zwar das, was unsere Gesellschaft dem Auto verdankt (Mobilität, Unabhängigkeit, Arbeitsplätze), aber sie verweisen auch auf die direkt oder indirekt durch das Auto entstehenden Schäden. Menschenopfer im Verkehr, Schadstoffausstoß, Lärmbelästigung, die Versiegelung und das Zerschneiden natürlicher Lebensräume durch den Straßenbau; die vorrangige auf den Autoverkehr ausgerichtete Städteplanung...

Die Kirchen fordern: Städte und Gemeinden müssen wieder menschengerechter werden. Dazu gehören: Geschwindigkeitsbegrenzungen, Ausbau des Personennahverkehrs, Verlagerung des Güterverkehrs von der

Straße auf die Schiene, Einschränkung des nationalen Flugverkehrs, Einschränkung des Straßenbaus...

Diese Auflistung verschiedener Problemkreise, die die Diskussion der letzten Jahre maßgeblich beeinflusst haben, zeigt, dass die Kirche im Rahmen ihrer Informationsmöglichkeiten und ihrer Zuständigkeit Stellung zu beziehen und auch konkrete Hinweise zu geben, wie die Umsetzung des Willens Gottes in die politische und gesellschaftliche Situation aussehen müsste.

Mancher wird vielleicht beim Lesen dieser kirchlichen Stellungnahmen Einwände, Widerstand, Zweifel oder auch spontane Zustimmung gespürt haben und sich freuen über die klare Sprache. Diese widersprüchlichen Gefühle machen deutlich: Es bleibt die verantwortungsvolle Gewissensentscheidung des einzelnen, wie er die allgemeinen Normen, Werte und Glaubensüberzeugungen in seinen Alltag hinein übersetzt.

Wir kommen zum Schluss dieses Kapitels auf einen der Hauptvorwürfe gegen die Christen zurück: Ihr nehmt die Welt nicht ernst. Um der Aussicht auf ein Jenseits willen überseht oder verketzert ihr die Aufgaben, die Schönheit und Freuden dieser Erde.

Von Weltverneinung keine Rede!

Die Frage "Gott oder Welt"? ist falsch. Die doppelte Buchführung vieler Christen - mindestens sechs Tage Welt und eine Stunde am Sonntag Gott - stimmt nicht. Das ganze Gewöhnliche, das Aufstehen und Schlafen gehen, das Essen und Trinken, das Lachen und Weinen - aber auch das Große, Komplizierte und Außergewöhnliche eines jeden Tages sind das Feld, in dem wir kundtun, ob Gott uns etwas bedeutet. In diesem Sinn muss der Christ "weltlich" gesinnt sein, um Christ zu sein. In unserer Liebe zur Welt und zum Nächsten wird Gottes Liebe zur Welt und zum Menschen erfahrbar. So wird unser Dienst an der Welt tatsächlich zum Gottesdienst.